

## **A n t r a g**

**der Fraktion der CDU**

### **Koblenz und Landau brauchen dringend verlässliche Perspektiven – Klarheit schaffen mit Machbarkeitsstudien für die Universitäten in Koblenz und Landau**

Die Landesregierung hat entschieden, die Doppeluniversität Koblenz-Landau aufzulösen und die beiden Standorte Koblenz und Landau eigenständig bzw. durch eine Fusion weiterzuentwickeln.

Seit Bekanntgabe des Trennungsbeschlusses agiert die Landesregierung allerdings so, als sei sie von ihrer eigenen Entscheidung überrascht worden.

Bisher hat die Landesregierung auch nicht ansatzweise ein Konzept kommuniziert oder vorgelegt, wie die beiden Standorte unabhängig voneinander erfolgreich weiterentwickelt werden sollen.

Aufgrund

- einer offensichtlich mangelnden Vorbereitung des Trennungsbeschlusses,
- einer fehlenden bzw. intransparenten Kommunikation,
- einer bisher unterbliebenen klaren prozessualen Steuerung des Trennungs- bzw. Verselbstständigungsprozesses,
- einer unklaren bzw. fehlenden inhaltlichen Zielsetzung für die beiden Standorte Koblenz und Landau sowie
- des Fehlens einer belastbaren Haushaltsexpertise der Landesregierung, die Auskunft darüber geben muss, wie viel Haushaltsmittel in welchem Zeitraum für welche Maßnahme zu veranschlagen sind,

herrscht unter allen Beteiligten ein hohes Maß an Verunsicherung und Orientierungslosigkeit sowie wachsendes Misstrauen.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, für jeden der beiden Universitätsstandorte Koblenz und Landau je eine spezifische Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Hierbei wären insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Wie sollen sich die beiden neuen Universitäten zukünftig in die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft einfügen?
- Welche wissenschaftlichen Profile sollen und können ausgehend von den Gegebenheiten der beiden Standorte herausgebildet werden?
- Welche Auswirkungen hat die Verselbstständigung der beiden Standorte auf die Studierenden und die Lehrenden?
- Welche möglichen Synergieeffekte sind an beiden Standorten durch die Verselbstständigung zu aktivieren?
- Welche Haushaltsmittel sind in welchem Zeitrahmen notwendig, um an beiden Standorten den Weg in die Selbständigkeit erfolgreich zu gestalten?
- Welche Überlegungen hat die Landesregierung bzgl. des Abbaus des bestehenden Sanierungsbedarfs bzw. der gebäudlichen Situation an den Standorten?
- Bis wann kann ein Masterplan vorliegen, der u. a. Auskunft darüber gibt, bis zu welchem Zeitpunkt welche Maßnahme umgesetzt sein sollte, um den Weg der Verselbstständigung erfolgreich zu Ende zu gehen?

Für die Fraktion:  
Martin Brandl

